

Dieser Antrag ist für betriebliche Investitionen im Sinne des Investitionszulagengesetzes 2007 zu verwenden. In diesem Antrag sind die im Kalenderjahr 2008 bzw. im Wirtschaftsjahr 2007/2008 abgeschlossenen Investitionen, geleisteten Anzahlungen auf Anschaffungskosten und entstandenen Teilherstellungskosten aufzuführen. Diese Investitionen müssen zu einem nach dem 20. Juli 2006 begonnenen Erstinvestitionsvorhaben gehören und nach dem 31. Dezember 2006 abgeschlossen werden.

In dem Antrag müssen die Investitionen, für die eine Investitionszulage beansprucht wird, so **genau bezeichnet** werden, dass ihre Feststellung bei einer Nachprüfung möglich ist. Der Antrag ist bei dem für die Besteuerung nach dem Einkommen zuständigen Finanzamt zu stellen. Das gilt auch in den Fällen der gesonderten Feststellung der Einkünfte; die in diesen Fällen für Zwecke der Investitionszulage erforderliche gesonderte Feststellung führt das Betriebsfinanzamt auf Grund des beim Wohnsitzfinanzamt eingereichten Antrags von Amts wegen durch. Wird eine gesonderte und einheitliche Feststellung der Einkünfte durchgeführt, ist der Antrag bei dem für diese Feststellung zuständigen Finanzamt zu stellen.

Wird eine Investitionszulage für kleine und mittlere Unternehmen im Sinne der Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABI. EU Nr. L 124 S. 36) beantragt, ist zusätzlich eine KMU-Erklärung (Vordruck IZ KMU 2007 (06)) beizufügen.

Die Investitionszulage kann vom Finanzamt erst nach Ablauf des Wirtschaftsjahrs oder Kalenderjahrs festgesetzt werden. Voraussetzung für die Festsetzung ist ein vollständig ausgefüllter Antrag.

Zutreffendes ankreuzen oder ausfüllen.

Hinweis nach den Vorschriften der Datenschutzgesetze: Die mit diesem Antrag angeforderten Daten werden auf Grund des § 88 Abgabenordnung in Verbindung mit den §§ 6 und 13 Investitionszulagengesetz 2007 erhoben.

Zeile	An das Finanzamt	Steuernummer	Identifikationsnummer (soweit bekannt)
1			
2	Anspruchsberechtigter		
3	Genauere Bezeichnung der ausgeübten Tätigkeiten		
4	Anschrift		
		Telefon	
5	Gesetzlicher Vertreter / Empfangsbefullmächtigter (Name, Anschrift)		

Antrag auf Investitionszulage nach dem Investitionszulagengesetz 2007 für Investitionen in Betrieben des verarbeitenden Gewerbes, der produktionsnahen Dienstleistungen oder des Beherbergungsgewerbes

für das Kalenderjahr 2008 für das Wirtschaftsjahr 2007/2008

für Investitionen im Fördergebiet sowie in den in der Anlage 1 zum Investitionszulagengesetz 2007 genannten Gebieten (Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen)

Ich beantrage eine Investitionszulage nach dem Investitionszulagengesetz 2007 für die auf den Seiten 4 und 5 aufgeführten Investitionen, Anzahlungen auf Anschaffungskosten und Teilherstellungskosten. Die zum Nachweis der Angaben erforderlichen Unterlagen sind beigelegt.

– Nur im Fall einer gesonderten Feststellung der Einkünfte –

Meine betrieblichen Einkünfte werden vom

Finanzamt

unter der

Steuernummer

gesondert festgestellt.

Allgemeine Anspruchsvoraussetzungen

Die Investitionen gehören zu einem Erstinvestitionsvorhaben, mit dem ich nach dem 20. Juli 2006 begonnen habe.

Nur bei Investitionen in den in der Anlage 1 zum Investitionszulagengesetz 2007 genannten Gebieten:

Die Investitionen gehören zu einem Erstinvestitionsvorhaben, mit dem ich nach dem 20. Juli 2006 und vor dem 1. Januar 2007 oder nach dem 16. Oktober 2007 begonnen habe.

Die Investitionen gehören zu einem Erstinvestitionsvorhaben, mit dem ich vor dem 21. Juli 2006 begonnen habe, und es wurde eine Genehmigungsentscheidung der Kommission vor Festsetzung der Investitionszulage erteilt, in der auf die Möglichkeit der Förderung durch Investitionszulage aufgrund einer Nachfolgeregelung ausdrücklich hingewiesen wurde. Dem Antrag ist eine Kopie der Genehmigungsentscheidung beigelegt.

Die Investitionen gehören zu einem Erstinvestitionsvorhaben, mit dem ich vor dem 21. Juli 2006 begonnen habe, und die zuständige Bewilligungsbehörde für die Gewährung von Investitionszuschüssen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) hat einen Förderbescheid erteilt, in dem eine Erhöhung des GRW-Zuschusses insoweit vorgesehen ist, als eine Investitionszulage nicht gewährt wird. Dem Antrag ist eine Kopie des Förderbescheids beigelegt.

Ich habe/werde die Investitionen nach dem 31. Dezember 2006 abgeschlossen/abschließen.

Es handelt sich nicht um Investitionen, für die in sensiblen Sektoren (Stahlindustrie, Schiffbau, Kraftfahrzeugindustrie, Kunstfaserindustrie, Landwirtschaft, Fischerei und Aquakultur, Verkehr) die Förderfähigkeit eingeschränkt oder ausgeschlossen ist.

Es handelt sich nicht um nachträgliche Herstellungsarbeiten oder Erhaltungsarbeiten.

Es handelt sich nicht um immaterielle Wirtschaftsgüter.

Es handelt sich um Investitionen in einem Betrieb des verarbeitenden Gewerbes, der produktionsnahen Dienstleistungen oder des Beherbergungsgewerbes. Der Betrieb gehört nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003, zu den

Betrieben des verarbeitenden Gewerbes (Abteilungen 15 bis 37).

Betrieben der Datenverarbeitung und Datenbanken (Abteilung 72).

Betrieben der Forschung und Entwicklung (Abteilung 73).

Betrieben der Markt- und Meinungsforschung (Klasse 74.13).

Ingenieurbüros für bautechnische Gesamtplanung (Unterklasse 74.20.4).

Ingenieurbüros für technische Fachplanung (Unterklasse 74.20.5).

Büros für Industrie-Design (Unterklasse 74.20.6).

Betrieben der technischen, physikalischen und chemischen Untersuchung (Gruppe 74.3).

Betrieben der Werbung (Gruppe 74.4).

Betrieben des fotografischen Gewerbes (Unterklasse 74.81.1).

Betrieben der Hotellerie (Gruppe 55.1).

Jugendherbergen und Hütten (Unterklasse 55.21.0).

Campingplätzen (Unterklasse 55.22.0)

Erholungs- und Ferienheimen (Unterklasse 55.23.1).

Der Betrieb gehört nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003, nicht zu den in Zeilen 22 bis 28 aufgeführten Wirtschaftszweigen. Es handelt sich jedoch nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008, um einen Betrieb des verarbeitenden Gewerbes, der produktionsnahen Dienstleistungen oder des Beherbergungsgewerbes; der Betrieb gehört zu folgender Unterklasse: _____

Zeile

Erstinvestitionsvorhaben

Füllen Sie die nachfolgenden Spalten vollständig aus und beachten Sie dabei die folgenden Hinweise. Fehlende Angaben oder Unterlagen können die Festsetzung der Investitionszulage verzögern.

zu Spalte 2: Das Erstinvestitionsvorhaben ist durch einen der nachstehenden Buchstaben zu kennzeichnen:
 a = Errichtung einer neuen Betriebsstätte,
 b = Erweiterung einer bestehenden Betriebsstätte,
 c = Diversifizierung der Produktion einer Betriebsstätte in neue, zusätzliche Produkte,
 d = grundlegende Änderung des Gesamtproduktionsverfahrens einer bestehenden Betriebsstätte oder
 e = Übernahme eines Betriebs, der geschlossen worden ist oder geschlossen worden wäre, wenn der Betrieb nicht übernommen worden wäre und wenn die Übernahme durch einen unabhängigen Investor erfolgt.

zu Spalte 3: Einzutragen ist eine Kurzbeschreibung des jeweiligen Erstinvestitionsvorhabens. Eine ausführliche Beschreibung jedes Erstinvestitionsvorhabens ist auf gesondertem Blatt beizufügen. Wurden für das Erstinvestitionsvorhaben GRW-Zuschüsse beantragt, ist die dem GRW-Antrag beigefügte Beschreibung und Begründung des Vorhabens diesem Antrag beizufügen.

zu Spalte 4 a): Tag des Beginns des Erstinvestitionsvorhabens ist der Tag, an dem mit der ersten hierzu gehörenden Einzelinvestition begonnen worden ist.
 Eine Einzelinvestition ist in dem Zeitpunkt begonnen, in dem das Wirtschaftsgut bestellt oder herzustellen begonnen worden ist. Ein Gebäude gilt in dem Zeitpunkt als bestellt, in dem über seine Anschaffung ein rechtswirksam abgeschlossener obligatorischer Vertrag oder ein gleichstehender Rechtsakt vorliegt. Als Beginn der Herstellung gilt bei Gebäuden der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages oder die Aufnahme von Bauarbeiten.

zu Spalte 4 b): Einzutragen ist der Monat und das Jahr, in dem voraussichtlich das letzte zu dem Erstinvestitionsvorhaben gehörende Wirtschaftsgut angeschafft oder hergestellt wurde/wird.

zu Spalte 5: Öffentliche Finanzierungshilfen sind z. B. GRW-Mittel, KfW-Kredite, Bürgschaften, Existenzgründungsdarlehen und FuE-Förderung.
 Bei Förderung sind dem Antrag Kopien sämtlicher Bewilligungsbescheide beizufügen.

Lfd. Nr.	Art des Erstinvestitionsvorhabens	Beschreibung des Erstinvestitionsvorhabens	a) Tag des Beginns des Erstinvestitionsvorhabens b) voraussichtlicher Abschluss des Erstinvestitionsvorhabens (Monat, Jahr)	Das Investitionsvorhaben wurde/wird mit weiteren öffentlichen Finanzierungshilfen gefördert
1	2	3	4	5
30			a)	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
			b)	
31			a)	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
			b)	
32			a)	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
			b)	

Weitere Angaben nach gleichem Schema auf gesondertem Blatt.

33 **Angaben zu kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)**

34 Der begünstigte Betrieb erfüllt im Zeitpunkt des Beginns der Erstinvestitionsvorhaben lfd. Nr. _____ die Begriffsdefinition für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) im Sinne der Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABI. EU Nr. L 124 S. 36). Dem Antrag liegt eine vollständig ausgefüllte und unterschriebene KMU-Erklärung (Vordruck IZ KMU 2007 (06)) bei.

<p>Zeile 60 61 62 63 64 65 66</p>	<p>Bewegliche Wirtschaftsgüter <i>Liegen die Voraussetzungen der Zeile 34 vor und ist das Erstinvestitionsvorhaben nach dem 31. Dezember 2006 begonnen worden, tritt im Folgenden an die Stelle des Zeitraums von fünf Jahren ein Zeitraum von drei Jahren.</i> <i>Bei Investitionen in den in der Anlage 1 zum Investitionszulagengesetz 2007 genannten Gebieten, die zu einem nach dem 16. Oktober 2007 begonnenen Erstinvestitionsvorhaben gehören, treten diese Gebiete an die Stelle des Fördergebiets.</i> Die beweglichen Wirtschaftsgüter werden mindestens fünf Jahre nach Abschluss des Erstinvestitionsvorhabens zum Anlagevermögen einer Betriebsstätte meines Betriebs des verarbeitenden Gewerbes, der produktionsnahen Dienstleistungen oder des Beherbergungsgewerbes oder eines mit diesem verbundenen Unternehmens, das ebenfalls zu den begünstigten Wirtschaftszweigen gehört, im Fördergebiet gehören. Im Fall der Überführung in ein verbundenes Unternehmen bleiben die Wirtschaftsgüter dem geförderten Erstinvestitionsvorhaben eindeutig zugeordnet. werden mindestens fünf Jahre nach Abschluss des Erstinvestitionsvorhabens einer Betriebsstätte meines Betriebs des verarbeitenden Gewerbes, der produktionsnahen Dienstleistungen oder des Beherbergungsgewerbes oder eines mit diesem verbundenen Unternehmens, das ebenfalls zu den begünstigten Wirtschaftszweigen gehört, im Fördergebiet verbleiben. Im Fall des Verbleibens in einem verbundenen Unternehmen bleiben die Wirtschaftsgüter dem geförderten Erstinvestitionsvorhaben eindeutig zugeordnet. werden in jedem Jahr des Fünfjahreszeitraums zu nicht mehr als 10 % privat genutzt. wurden / werden in ungebrauchtem Zustand erworben oder aus ungebrauchten Teilen hergestellt. sind keine geringwertigen Wirtschaftsgüter (§ 6 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes in der bis 31. Dezember 2007 geltenden Fassung). sind weder Personenkraftwagen noch Luftfahrzeuge.</p>
<p>67 68 69 70 71</p>	<p>Gebäude <i>Liegen die Voraussetzungen der Zeile 34 vor und ist das Erstinvestitionsvorhaben nach dem 31. Dezember 2006 begonnen worden, tritt im Folgenden an die Stelle des Zeitraums von fünf Jahren ein Zeitraum von drei Jahren.</i> <i>Bei Investitionen in den in der Anlage 1 zum Investitionszulagengesetz 2007 genannten Gebieten, die zu einem nach dem 16. Oktober 2007 begonnenen Erstinvestitionsvorhaben gehören, treten diese Gebiete an die Stelle des Fördergebiets.</i> Die Gebäude, Eigentumswohnungen, im Teileigentum stehenden Räume und andere Gebäudeteile, die selbstständige unbewegliche Wirtschaftsgüter sind (Gebäude), befinden sich im Fördergebiet und sind in bautechnischer Hinsicht neu. wurden / werden selbst hergestellt oder bis zum Ende des Jahres der Fertigstellung angeschafft, ohne dass im Fall der Anschaffung für das Gebäude von einem Anderen Investitionszulage in Anspruch genommen wurde / wird. werden mindestens fünf Jahre nach ihrer Anschaffung oder Herstellung in Betrieben des verarbeitenden Gewerbes oder in Betrieben der produktionsnahen Dienstleistungen oder des Beherbergungsgewerbes verwendet.</p>
<p>72 73 74 75</p>	<p>Große Investitionsvorhaben Es handelt sich nicht um Investitionen, die zu einem Investitionsvorhaben gehören, das die Anmeldevoraussetzungen des multisektoralen Regionalbeihilferahmens für große Investitionsvorhaben vom 16. Dezember 1997 (ABl. EG Nr. C 107 S. 7), zuletzt geändert durch Mitteilung der Kommission an die Mitgliedstaaten vom 11. August 2001 (ABl. EG Nr. C 226 S. 16) erfüllt. Es handelt sich nicht um Investitionen, die zu einem Investitionsvorhaben gehören, das die Anmeldevoraussetzungen des multisektoralen Regionalbeihilferahmens für große Investitionsvorhaben vom 13. Februar 2002 (ABl. EG Nr. C 70 S. 8), geändert durch Mitteilung der Kommission an die Mitgliedstaaten vom 1. November 2003 (ABl. EU Nr. C 263 S. 3) erfüllt. Es handelt sich nicht um Investitionen, die zu einem Investitionsvorhaben gehören, das die Anmeldevoraussetzungen der Leitlinien für staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung 2007 bis 2013 (ABl. EU 2006 Nr. C 54 S. 13) erfüllt.</p>
<p>76 77 78</p>	<p>Weitere Voraussetzungen nach europäischem Beihilferecht Es handelt sich nicht um Investitionen in mittlere oder große Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne der „Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten“, die sich noch in der Umstrukturierungsphase befinden und bei denen im genehmigten Umstrukturierungsplan Investitionszulage nach dem Investitionszulagengesetz 2007 bisher nicht berücksichtigt worden ist. Mir liegt keine Rückforderungsanordnung aufgrund einer Entscheidung der Europäischen Kommission über die Rückzahlung einer Beihilfe vor.</p>
<p>79 80 81 82</p>	<p>Weitere Voraussetzungen für nach dem 31. Dezember 2006 im Land Berlin begonnene Erstinvestitionsvorhaben Es handelt sich um Investitionen in dem Teil des Landes Berlin, der zum Fördergebiet gehört, und die Investitionen gehören nicht zu einem großen Investitionsvorhaben im Sinne der Leitlinien für staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung 2007 – 2013 (ABl. EU 2006 Nr. C 54 S. 13). Es handelt sich um Investitionen in dem Teil des Landes Berlin, der in der Anlage 1 zum Investitionszulagengesetz 2007 genannt ist, und die förderfähigen Kosten des Erstinvestitionsvorhabens betragen weniger als 25 Mio. Euro. Es handelt sich um Investitionen in dem Teil des Landes Berlin, der in der Anlage 1 zum Investitionszulagengesetz 2007 genannt ist, und die Investitionen werden nicht in den Sektoren Herstellung, Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte im Sinne des Anhang I des EG-Vertrages vorgenommen.</p>
<p>83 84 85 86 87 88 89 90 91 92</p>	<p>Investitionszulagensätze Es handelt sich um Investitionen in Betriebsstätten im Fördergebiet außerhalb des Randgebiets und die Voraussetzungen der Zeile 34 liegen vor (Investitionszulage 25 %). – Gilt nur für bewegliche Wirtschaftsgüter – Es handelt sich um Investitionen in Betriebsstätten im Fördergebiet außerhalb des Randgebiets und die Voraussetzungen der Zeile 34 liegen vor (Investitionszulage 12,5 %). – Gilt nur für Gebäude – Es handelt sich um Investitionen in Betriebsstätten im Fördergebiet außerhalb des Randgebiets und die Voraussetzungen der Zeile 34 liegen nicht vor (Investitionszulage 12,5 %). – Gilt für bewegliche Wirtschaftsgüter und Gebäude – Es handelt sich um Investitionen in Betriebsstätten im Randgebiet (vgl. S. 6) und die Voraussetzungen der Zeile 34 liegen vor (Investitionszulage 27,5 %). – Gilt nur für bewegliche Wirtschaftsgüter – Es handelt sich um Investitionen in Betriebsstätten im Randgebiet (vgl. S. 6) und die Voraussetzungen der Zeile 34 liegen vor (Investitionszulage 15 %). – Gilt nur für Gebäude – Es handelt sich um Investitionen in Betriebsstätten im Randgebiet (vgl. S. 6) und die Voraussetzungen der Zeile 34 liegen nicht vor (Investitionszulage 15 %). – Gilt für bewegliche Wirtschaftsgüter und Gebäude – Es handelt sich um Investitionen in Betriebsstätten in dem Teil des Landes Berlin, der zum Fördergebiet gehört, und die Investitionen gehören zu einem nach dem 31. Dezember 2006 begonnenen großen Investitionsvorhaben im Sinne der Leitlinien für staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung 2007 bis 2013 (ABl. EU 2006 Nr. C 54 S. 13) und die Voraussetzungen der Zeile 34 liegen vor (Investitionszulage 15 %). – Gilt nur für bewegliche Wirtschaftsgüter – Es handelt sich um Investitionen in Betriebsstätten in den in der Anlage 1 zum Investitionszulagengesetz 2007 genannten Gebieten, die zu einem nach dem 16. Oktober 2007 begonnenen Erstinvestitionsvorhaben gehören, und der begünstigte Betrieb erfüllt zum Zeitpunkt des Beginns des Erstinvestitionsvorhabens die Begriffsdefinition für mittlere Unternehmen im Sinne der Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. EU Nr. L 124 S. 36) (Investitionszulage 7,5 %). – Gilt für bewegliche Wirtschaftsgüter und Gebäude – Es handelt sich um Investitionen in Betriebsstätten in den in der Anlage 1 zum Investitionszulagengesetz 2007 genannten Gebieten, die zu einem nach dem 16. Oktober 2007 begonnenen Erstinvestitionsvorhaben gehören, und der begünstigte Betrieb erfüllt zum Zeitpunkt des Beginns des Erstinvestitionsvorhabens die Begriffsdefinition für kleine Unternehmen im Sinne der Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. EU Nr. L 124 S. 36) (Investitionszulage 15 %). – Gilt für bewegliche Wirtschaftsgüter und Gebäude –</p>

Zeile	Berechnung der Investitionszulage				
		%	Bemessungsgrundlage EUR	Investitionszulage EUR	Ct
160	(Zeile 91)	7,5	=		
161	(Zeilen 85 und 86)	12,5	=		
162	(Zeilen 88, 89, 90 und 92)	15	=		
163	(Zeile 84)	25	=		
164	(Zeile 87)	27,5	=		
165	Summe				

Bei der Anfertigung dieses Antrags hat mitgewirkt:

Die Investitionszulage ist auf mein dem Finanzamt benanntes Konto zu überweisen.

Ich **versichere**, dass ich die **Angaben wahrheitsgemäß** nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe.

Ich werde dem Finanzamt unverzüglich **anzeigen**,

- wenn die Wirtschaftsgüter vor Ablauf von fünf oder – bei Betrieben, in denen Voraussetzungen der Zeile 34 vorliegen und das Erstinvestitionsvorhaben nach dem 31. Januar 2006 begonnen wurden – drei Jahren nach Abschluss des Erstinvestitionsvorhabens die auf Seiten 1 bis 5 bezeichneten Anspruchsvoraussetzungen nicht mehr erfüllen,
- wenn sich bei Wirtschaftsgütern die Anschaffungs- oder Herstellungskosten nachträglich mindern.

Mir ist **bekannt**, dass die **Angabe falscher Tatsachen** sowie das **Unterlassen einer Anzeige über die Änderung der Verhältnisse strafrechtliche Folgen** nach sich ziehen können (§§ 263, 264 Strafgesetzbuch).

Mir ist **bekannt**, dass die von mir in diesem Antrag in den Zeilen 12 bis 147 sowie in den Anlagen zu diesem Antrag angegebenen Tatsachen sowie die Tatsachen, die ich unverzüglich anzuzeigen habe, **subventionserhebliche Tatsachen** im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuchs sind.

Außerdem ist mir **bekannt**, dass zu den subventionserheblichen Tatsachen insbesondere etwaige Sachverhalte gehören, die durch Scheingeschäfte und Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Investitionszulage. Das gilt auch für nachträgliche Änderungen von Vereinbarungen oder Rechtshandlungen, die mit dem Ziel vorgenommen werden, den Zeitpunkt des Beginns des Erstinvestitionsvorhabens oder des Investitionsabschlusses in eine Zeit, die eine Investitionszulage bewirkt, zu verlegen, um dadurch eine Investitionszulage zu erlangen.

Datum, **eigenhändige** Unterschrift des Anspruchsberechtigten

Der Antrag ist bei Körperschaften **vom gesetzlichen Vertreter**, bei Personengesellschaften und Gemeinschaften **von einer zur Geschäftsführung oder Vertretung berechtigten Person** zu unterschreiben.

Aufstellung des Randgebiets des Fördergebiets

Randgebiet sind nach dem Gebietsstand von 1. Januar 2004 die folgenden Landkreise und kreisfreien Städte:

im Land Mecklenburg-Vorpommern:

Landkreis Ostvorpommern, Landkreis Uecker-Randow, kreisfreie Stadt Greifswald, Landkreis Rügen, Landkreis Nordvorpommern, kreisfreie Stadt Stralsund,

im Land Brandenburg:

Landkreis Uckermark, Landkreis Spree-Neisse, kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder), kreisfreie Stadt Cottbus, Landkreis Barnim, Landkreis Märkisch-Oderland, Landkreis Oder-Spree,

im Freistaat Sachsen:

kreisfreie Stadt Görlitz, Landkreis Niederschlesischer Oberlausitzkreis, Landkreis Löbau-Zittau, Landkreis Kamenz, Landkreis Bautzen, kreisfreie Stadt Hoyerswerda, Landkreis Vogtlandkreis, kreisfreie Stadt Plauen, Landkreis Aue-Schwarzenberg, Landkreis Annaberg, Landkreis Mittlerer Erzgebirgskreis, Landkreis Freiberg, Landkreis Weißeritzkreis, Landkreis Sächsische Schweiz, Landkreis Zwickauer Land, kreisfreie Stadt Zwickau, Landkreis Stollberg, kreisfreie Stadt Chemnitz, Landkreis Mittweida, Landkreis Meißen, kreisfreie Stadt Dresden,

im Freistaat Thüringen:

Landkreis Saale-Orla-Kreis, Landkreis Greiz.

Erläuterungen

zum Antrag auf Investitionszulage nach dem Investitionszulagengesetz 2008 für Investitionen in Betrieben des verarbeitenden Gewerbes, der produktionsnahen Dienstleistungen oder des Beherbergungsgewerbes für das Kalenderjahr 2008 bzw. das Wirtschaftsjahr 2007/2008

I. Anspruchsberechtigte

Die Investitionszulage wird unbeschränkt und beschränkt Steuerpflichtigen im Sinne des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes gewährt, die begünstigte Investitionen (vgl. Abschnitt II und III) vornehmen.

Bei Gesellschaften (z. B. bei Offenen Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften, atypisch stillen Gesellschaften und Gesellschaften bürgerlichen Rechts) und Gemeinschaften (z. B. Erbengemeinschaften) sind nicht die Gesellschafter oder Mitglieder der Gemeinschaft, sondern ist die Gesellschaft oder Gemeinschaft anspruchsberechtigt.

Zu den Steuerpflichtigen im Sinne des Körperschaftsteuergesetzes gehören neben Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung auch Genossenschaften und wirtschaftliche Vereine. Körperschaftsteuerpflichtige, die nach § 5 des Körperschaftsteuergesetzes z. B. wegen Verfolgens kirchlicher, gemeinnütziger oder mildtätiger Zwecke von der Körperschaftsteuer befreit sind, sind anspruchsberechtigt, soweit sie einen steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb mit Einkünften im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 des Einkommensteuergesetzes unterhalten.

In den Fällen einer Gesamtrechtsnachfolge tritt der Rechtsnachfolger hinsichtlich der Anspruchsberechtigung in die Stellung seines Rechtsvorgängers ein, soweit nicht der Rechtsvorgänger die Investitionszulage zulässigerweise beantragt hat.

II. Begünstigte bewegliche Wirtschaftsgüter

Begünstigte Investitionen sind die Anschaffung und die Herstellung von neuen abnutzbaren beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, die zu einem Erstinvestitionsvorhaben (vgl. Zeilen 30 ff. des Antragsvordrucks) gehören, und mindestens fünf Jahre nach Beendigung des Erstinvestitionsvorhabens

1. zum Anlagevermögen einer Betriebsstätte eines Betriebs des verarbeitenden Gewerbes, der produktionsnahen Dienstleistungen oder des Beherbergungsgewerbes des Anspruchsberechtigten im Fördergebiet gehören,
2. in einer Betriebsstätte eines solchen Betriebs des Anspruchsberechtigten im Fördergebiet verbleiben,
3. in jedem Jahr zu nicht mehr als 10 Prozent privat genutzt werden,
4. nicht in einem Betrieb im Bereich eines sensiblen Sektors verbleiben, in dem die Förderfähigkeit eingeschränkt oder ausgeschlossen ist (vgl. Abschnitt II letzter Absatz).

Für nach dem 31. Dezember 2006 begonnene Erstinvestitionsvorhaben verkürzt sich bei Betrieben, die im Zeitpunkt des Beginns der Erstinvestitionsvorhaben die Begriffsdefinition für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) im Sinne der Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. EU Nr. L 124 S. 36) erfüllen, der Zeitraum von fünf Jahren auf drei Jahre. In diesen Fällen ist dem Antrag eine KMU-Erklärung (Vordruck IZ KMU 2007 (06)) beizufügen. Dieser Vordruck ist bei den Finanzämtern erhältlich und steht auf den Internetseiten des Bundesfinanzministeriums unter www.bundesfinanzministerium.de zur Ansicht und zum Download bereit.

Wird ein begünstigtes bewegliches Wirtschaftsgut vor Ablauf des Drei- bzw. Fünfjahreszeitraums durch ein mindestens gleichwertiges neues abnutzbares bewegliches Wirtschaftsgut ersetzt, tritt für die verbleibende Zeit des Drei- bzw. Fünfjahreszeitraums das Ersatzwirtschaftsgut an die Stelle des begünstigten beweglichen Wirtschaftsguts. Das Ausscheiden eines Wirtschaftsguts aus dem Anlagevermögen nach Ablauf seiner betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer ist unschädlich.

Neu ist ein angeschafftes Wirtschaftsgut, wenn es in ungebrauchtem Zustand erworben wird. Ein selbst hergestelltes Wirtschaftsgut ist als neu anzusehen, wenn der Teilwert bei der Herstellung verwendeter gebrauchter Wirtschaftsgüter 10 Prozent des Teilwerts des hergestellten Wirtschaftsguts nicht übersteigt oder ein andersartiges Wirtschaftsgut aufgrund einer neuen Idee hergestellt wird.

Zu den abnutzbaren **beweglichen Wirtschaftsgütern** gehören z. B. Maschinen und Ausrüstungsgegenstände, Betriebsvorrichtungen (auch als wesentliche Bestandteile von Gebäuden), Transportmittel und Bürogegenstände.

Die Wirtschaftsgüter müssen während des Drei- bzw. Fünfjahreszeitraums ununterbrochen zum **Anlagevermögen** des begünstigten Betriebs des Anspruchsberechtigten gehören. Die Veräußerung eines Wirtschaftsgutes oder ein Vermögensübergang i.S.d. Umwandlungssteuergesetzes, bei dem die übergegangenen Wirtschaftsgüter als angeschafft gelten, ist daher innerhalb der Drei- bzw. Fünfjahresfrist grundsätzlich schädlich. Hat ein Anspruchsberechtigter Betriebsstätten innerhalb und außerhalb des Fördergebiets und bleiben die Wirtschaftsgüter nicht körperlich in einer Betriebsstätte des Anspruchsberechtigten im Fördergebiet (z. B. Transportmittel und Baugeräte), können diese Wirtschaftsgüter nur dann dem Anlagevermögen einer Betriebsstätte im Fördergebiet zugeordnet werden, wenn die Erträge aus diesen Wirtschaftsgütern durch diese Betriebsstätte erwirtschaftet werden.

Die Wirtschaftsgüter müssen während des Drei- bzw. Fünfjahreszeitraums ununterbrochen in einer Betriebsstätte eines begünstigten Betriebs des Anspruchsberechtigten im Fördergebiet verbleiben. Die langfristige Nutzungsüberlassung eines Wirtschaftsguts ist daher grundsätzlich schädlich. Für das **Verbleiben** ist es zudem erforderlich, dass eine dauerhafte räumliche Beziehung des Wirtschaftsguts zu einer Betriebsstätte des Anspruchsberechtigten im Fördergebiet besteht und das Wirtschaftsgut nur innerhalb des Fördergebiets eingesetzt wird. Bei Wirtschaftsgütern, die ihrer Art nach nicht dazu bestimmt und geeignet sind, im räumlich abgegrenzten Bereich einer Betriebsstätte eingesetzt zu werden (z. B. bei Messeständen, Film- und Fernsehkameras), ist die Voraussetzung des Verbleibens im Fördergebiet erfüllt, wenn sie in jedem Jahr des Drei- bzw. Fünfjahreszeitraums nicht länger als insgesamt einen Monat außerhalb des Fördergebiets eingesetzt

werden. Bei Transportmitteln und Baugeräten bestehen außerdem besondere Regelungen bezüglich der Verbleibensdauer außerhalb des Fördergebiets.

Für den Anspruch auf Investitionszulage ist es unschädlich, wenn das bewegliche Wirtschaftsgut innerhalb des Bindungszeitraums

1. a) in das Anlagevermögen eines mit dem Anspruchsberechtigten verbundenen Unternehmens eines begünstigten Wirtschaftszweigs im Fördergebiet übergeht oder
b) in einem mit dem Anspruchsberechtigten verbundenen Unternehmen eines begünstigten Wirtschaftszweigs im Fördergebiet verbleibt und
2. dem geförderten Erstinvestitionsvorhaben eindeutig zugeordnet bleibt.

In jedem Jahr des Drei- bzw. Fünfjahreszeitraums darf die private Nutzung des Wirtschaftsguts nicht mehr als 10 Prozent der gesamten Nutzung betragen. Als eine Privatnutzung gilt auch die Verwendung von Wirtschaftsgütern, die zu einer verdeckten Gewinnausschüttung nach § 8 Abs. 3 des Körperschaftsteuergesetzes führt.

Die Wirtschaftsgüter sind nur begünstigt, soweit in sensiblen Sektoren die Förderfähigkeit nicht eingeschränkt oder ausgeschlossen ist (vgl. Zeile 18 des Antragsvordrucks).

III. Begünstigte Gebäude

Begünstigte Investitionen sind die Anschaffung und die Herstellung von neuen Gebäuden, Eigentumswohnungen, im Teileigentum stehender Räume und anderer Gebäudeteile, die selbstständige unbewegliche Wirtschaftsgüter sind (im Folgenden als Gebäude bezeichnet), wenn sie zu einem Erstinvestitionsvorhaben gehören (vgl. Zeilen 30 ff. des Antragsvordrucks). Die Anschaffung ist nur begünstigt, wenn sie bis zum Ende des Jahres der Fertigstellung des Gebäudes erfolgt und bisher für das Gebäude keine Investitionszulage in Anspruch genommen wurde.

Die Gebäude müssen sich im Fördergebiet befinden und mindestens drei bzw. fünf Jahre nach Abschluss des Erstinvestitionsvorhabens in einem Betrieb des verarbeitenden Gewerbes, der produktionsnahen Dienstleistungen oder des Beherbergungsgewerbes verwendet werden. Es ist nicht erforderlich, dass sie zum Betriebsvermögen gehören.

Die Gebäude sind nur begünstigt, soweit in sensiblen Sektoren die Förderfähigkeit nicht eingeschränkt oder ausgeschlossen ist. Hierfür maßgebend ist der Betrieb, in dem die Gebäude innerhalb des Drei- bzw. Fünfjahreszeitraums verwendet werden (vgl. Zeile 18 des Antragsvordrucks).

Ein **neues Gebäude** liegt dann vor, wenn

- ein in bautechnischer Hinsicht neues Gebäude hergestellt wird,
- durch Baumaßnahmen an einem bestehenden Bauwerk erstmals ein Gebäudeteil hergestellt wird, der nicht in einem Nutzungs- und Funktionszusammenhang mit bereits vorhandenen Gebäudeteilen steht, oder
- durch die Baumaßnahmen ein Gebäudeteil hergestellt wird, an dem erstmals Wohnungs- oder Teileigentum begründet wird.

IV. Nicht begünstigte Wirtschaftsgüter

Nicht begünstigt sind geringwertige Wirtschaftsgüter im Sinne des § 6 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes in der bis 31. Dezember 2007 geltenden Fassung, Luftfahrzeuge und Personenkraftwagen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter sind Wirtschaftsgüter, die einer selbstständigen Nutzung fähig sind und deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten 410 Euro nicht übersteigen. Dabei sind die Anschaffungs- oder Herstellungskosten um einen darin enthaltenen Vorsteuerbetrag zu kürzen, unabhängig davon, ob der Vorsteuerbetrag bei der Umsatzsteuer tatsächlich abgezogen werden kann.

Personenkraftwagen sind Kraftfahrzeuge, die nach ihrer Bauart und Ausstattung zur Beförderung von nicht mehr als neun Personen (einschließlich Fahrer) geeignet und bestimmt sind. Für die Abgrenzung des Personenkraftwagens von anderen Kraftfahrzeugen gilt grundsätzlich die erste Eintragung in der Zulassungsbescheinigung II (Fahrzeugbrief).

Eine Investitionszulage wird auch nicht gewährt für

1. die Anschaffung oder Herstellung immaterieller Wirtschaftsgüter (z. B. Rechte, Patente, Lizenzen und Computerprogramme), beweglicher Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens sowie von Grund und Boden und Außenanlagen,
2. nachträgliche Herstellungsarbeiten (z. B. Substanzverbesserungen) und Erhaltungsarbeiten an sämtlichen schon bestehenden Wirtschaftsgütern.

V. Förderzeitraum

Die Investitionen sind begünstigt, wenn sie zu einem Erstinvestitionsvorhaben gehören, mit dem der Anspruchsberechtigte nach dem 20. Juli 2006 und vor dem 1. Januar 2010 begonnen hat (Ausnahmen vgl. Zeilen 14 bis 16 des Antragsvordrucks), und der Anspruchsberechtigte die Investitionen nach dem 31. Dezember 2006 und vor dem 1. Januar 2010 abgeschlossen hat oder nach dem 31. Dezember 2009 abschließt, soweit vor dem 1. Januar 2010 Teilerstellungskosten entstanden sind oder Teillieferungen erfolgt sind.

Ein Erstinvestitionsvorhaben ist an dem Tag begonnen, an dem mit der ersten hierzu gehörenden Einzelinvestition begonnen worden ist. Eine Einzelinvestition ist in dem Zeitpunkt begonnen, in dem das Wirtschaftsgut bestellt oder herzustellen begonnen worden ist. Ein Gebäude gilt in dem Zeitpunkt als bestellt, in dem über seine Anschaffung ein rechtswirksam abgeschlossener obligatorischer Vertrag oder ein gleichstehender Rechtsakt vorliegt. Als Beginn der Herstellung gilt bei Gebäuden der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages oder die Aufnahme von Bauarbeiten. Der Erwerb eines Grundstücks gilt nicht als Investitionsbeginn.

Investitionen sind in dem Zeitpunkt abgeschlossen, in dem die Wirtschaftsgüter angeschafft oder hergestellt worden sind.

Anschaffung ist der entgeltliche Erwerb eines Wirtschaftsguts von einem Dritten. Der Zeitpunkt der Anschaffung ist der Zeitpunkt der Lieferung. Wird ein geliefertes Wirtschaftsgut erst durch eine Montage in einen betriebsbereiten Zustand versetzt, so ist das Wirtschaftsgut erst mit der Beendigung der Montage angeschafft. Wirtschaftsgüter, deren Einsatz einer behördlichen Genehmigung bedarf (z. B. TÜV-Abnahme), sind grundsätzlich in dem Zeitpunkt angeschafft, in dem die Genehmigung erteilt ist. Zeitpunkt der Anschaffung eines Gebäudes ist der Zeitpunkt des Übergangs von Besitz, Gefahr, Nutzen und Lasten. Die Überführung eines Wirtschaftsguts aus dem Umlauf- oder dem Privatvermögen in das Anlagevermögen ist keine Anschaffung.

Herstellung ist die Schaffung eines bisher nicht bestehenden Wirtschaftsguts durch den Anspruchsberechtigten. Sie ist abgeschlossen, wenn das Wirtschaftsgut fertig gestellt ist, d.h. seiner Zweckbestimmung entsprechend genutzt werden kann.

VI. Bemessungsgrundlage

Bemessungsgrundlage für die Investitionszulage ist die Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten der im Kalenderjahr 2008 bzw. im Wirtschaftsjahr 2007/2008 abgeschlossenen begünstigten Investitionen, soweit sie nicht nach dem Investitionszulagengesetz 2005 begünstigt sind. Im Kalenderjahr 2008 bzw. im Wirtschaftsjahr 2007/2008 geleistete Anzahlungen auf Anschaffungskosten und entstandene Teilerstellungskosten können in die Bemessungsgrundlage einbezogen werden. Wurde bereits für die Kalenderjahre 2006 und/oder 2007 bzw. die Wirtschaftsjahre 2005/2006 und/oder 2006/2007 eine Investitionszulage für Anzahlungen auf Anschaffungskosten oder Teilerstellungskosten gewährt, sind diese von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten des Kalenderjahrs 2008 bzw. des Wirtschaftsjahrs 2007/2008 abzuziehen.

Anschaffungskosten sind alle Aufwendungen, die geleistet werden, um ein Wirtschaftsgut zu erwerben und es in einen betriebsbereiten Zustand zu versetzen. Zu den Anschaffungskosten gehören der Anschaffungspreis und die Nebenkosten der Anschaffung, soweit sie dem Wirtschaftsgut einzeln zugeordnet werden können. Nicht dazu gehören die Finanzierungskosten (z. B. Kreditkosten, Teilzahlungszuschläge).

Herstellungskosten sind alle Aufwendungen, die durch den Verbrauch von Gütern und die Inanspruchnahme von Diensten für die Herstellung des Wirtschaftsguts entstehen. Dazu gehören z. B. Materialkosten und Fertigungskosten.

Anzahlungen auf Anschaffungskosten sind Zahlungen, die nach dem rechtswirksamen Abschluss des obligatorischen Vertrages und vor der Lieferung eines Wirtschaftsguts auf die endgültigen Anschaffungskosten geleistet werden, soweit sie diese nicht übersteigen.

Teilerstellungskosten sind die Aufwendungen, die durch den Verbrauch von Gütern und die Inanspruchnahme von Diensten für die noch nicht abgeschlossene Herstellung eines Wirtschaftsguts entstehen. Unerheblich ist, ob bereits Zahlungen für Teilerstellungskosten geleistet sind.

Ein Vorsteuerbetrag gehört nicht zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, soweit er bei der Umsatzsteuer abgezogen werden kann.

VII. Investitionszulagensatz

Die Höhe des Investitionszulagensatzes hängt davon ab, ob es sich um Investitionen im Randgebiet, im übrigen Fördergebiet oder in den in der Anlage 1 zum Investitionszulagengesetz 2007 genannten Gebieten handelt (vgl. Zellen 79 ff. des Antragsvordrucks).

Die erhöhte Investitionszulage kommt nur für bewegliche Wirtschaftsgüter in Betracht, die in einem begünstigten Betrieb i. S. d. Zeile 34 des Antragsvordrucks verbleiben. Wird eine erhöhte Investitionszulage beantragt, ist dem Antrag eine KMU-Erklärung (Vordruck IZ KMU 2007 (06)) beizufügen.

Verliert der Anspruchsberechtigte bis zum Ende des Bindungszeitraums den Status eines KMU, ist dies für die erhöhte Investitionszulage ohne Bedeutung.

Der Multisektorale Regionalbeihilferahmen für große Investitionsvorhaben vom 13. Februar 2002 (ABl. EG Nr. C 70 S. 8), geändert durch die Mitteilung der Kommission vom 1. November 2003 (ABl. EU Nr. C 263 S. 3), und die Leitlinien für staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung 2007–2013 (ABl. EU 2006 Nr. C 54 S. 13) enthalten u. a. Einschränkungen für große Investitionsvorhaben. Diese gelten nicht, wenn die Investitionskosten für ein Investitionsvorhaben nicht mehr als 50 Mio. Euro betragen.

VIII. Randgebiet

Die genaue Gebietsabgrenzung ergibt sich aus der Auflistung auf Seite 6 des Antragsvordrucks. Die erhöhte Investitionszulage für Investitionen im Randgebiet erfordert, dass bewegliche Wirtschaftsgüter während des Drei- bzw. Fünfjahreszeitraums in einer Betriebsstätte des Anspruchsberechtigten im Randgebiet verbleiben. Wird ein bewegliches Wirtschaftsgut während des Drei- bzw. Fünfjahreszeitraums in eine Betriebsstätte des Anspruchsberechtigten außerhalb des Randgebiets überführt, mindert sich die Investitionszulage auf den Investitionszulagensatz, der bestanden hätte, wenn das bewegliche Wirtschaftsgut von vornherein in dieser Betriebsstätte außerhalb des Randgebiets verblieben wäre.

IX. Besonderheiten bei Investitionen in den in der Anlage 1 zum Investitionszulagengesetz 2007 genannten Gebieten im Land Berlin

Die Zuordnung der in der Anlage 1 zum Investitionszulagengesetz 2007 genannten Verkehrszellen kann im Internet unter www.gewerbeflaechenatlas.berlin.de ermittelt werden.

Für Investitionen, die zu einem vor dem 1. Januar 2007 begonnenen Erstinvestitionsvorhaben gehören, gelten die für das Fördergebiet mit Ausnahme des Randgebiets genannten Grundsätze.

Investitionen, die zu einem nach dem 31. Dezember 2006 und vor dem 17. Oktober 2007 begonnenen Erstinvestitionsvorhaben gehören, sind nicht begünstigt.

Investitionen, die zu einem nach dem 16. Oktober 2007 und vor dem 1. Januar 2009 begonnenen Erstinvestitionsvorhaben gehören, sind unter besonderen Voraussetzungen begünstigt (vgl. Zeilen 79 ff. des Antragsvordrucks).

X. Auswirkungen der Investitionszulage auf die Besteuerung des Anspruchsberechtigten

Die Investitionszulage gehört nicht zu den Einkünften im Sinne des Einkommensteuergesetzes.

Sie mindert nicht die Bemessungsgrundlage für die Absetzungen für Abnutzung.

XI. Antragsverfahren

Die Investitionszulage wird **auf Antrag** für die begünstigten Investitionen des Wirtschaftsjahrs festgesetzt, wenn die Wirtschaftsgüter zu einem Betriebsvermögen gehören. Ansonsten muss sich der Antrag auf die begünstigten Investitionen im Kalenderjahr beziehen.

Der Antrag ist nach **amtlichem Vordruck** bei dem für die Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer **zuständigen Finanzamt** zu stellen. Das gilt auch in den Fällen der gesonderten Feststellung. Im Fall der gesonderten und einheitlichen Feststellung der Einkünfte ist der Antrag bei dem für die Feststellung zuständigen Finanzamt zu stellen. Bei der atypisch stillen Gesellschaft hat der Inhaber des Handelsgeschäfts den Antrag bei dem für die Feststellung zuständigen Finanzamt zu stellen. Der Antrag ist nur wirksam, wenn er vom Anspruchsberechtigten **eigenhändig** unterschrieben worden ist.

Der Antrag kann innerhalb der vierjährigen Festsetzungsfrist gestellt werden. Diese beginnt mit Ablauf des Kalenderjahrs, in dem die Investitionen abgeschlossen, Anzahlungen auf Anschaffungskosten geleistet wurden oder Teilerstellungskosten entstanden sind. Bei vom Kalenderjahr abweichendem Wirtschaftsjahr beginnt die Festsetzungsfrist mit Ablauf des Kalenderjahrs, in dem das Wirtschaftsjahr endet. Der Antrag für das Kalenderjahr 2008 bzw. Wirtschaftsjahr 2007/2008 kann deshalb bis zum 31. Dezember 2012 gestellt werden.

In dem Antrag sind die Investitionen, für die eine Investitionszulage beantragt wird, **so genau zu bezeichnen**, dass ihre Feststellung bei einer Nachprüfung möglich ist. Das gilt auch, wenn eine Investitionszulage für Anzahlungen auf Anschaffungskosten oder für Teilerstellungskosten beantragt wird.

In dem Antrag sind außerdem alle weiteren Anspruchsvoraussetzungen, insbesondere die Anschaffungs- und Herstellungskosten und Teilerstellungskosten der begünstigten Investitionen anzugeben, für die eine Investitionszulage beantragt wird. Diese Angaben können auch nachgeholt, ergänzt oder berichtigt werden, solange für das Wirtschafts- oder Kalenderjahr ein Investitionszulagenbescheid noch nicht erteilt ist oder nach den verfahrensrechtlichen Vorschriften noch geändert werden kann. Sind in dem Antrag Wirtschaftsgüter des Wirtschafts- oder Kalenderjahrs nicht aufgeführt, so kann unter denselben Voraussetzungen ein entsprechender Antrag nachgeholt werden.

Ein Antrag auf Investitionszulage für das Jahr des Abschlusses der Investition ist auch dann erforderlich, wenn die Anschaffungskosten oder Herstellungskosten nicht über die Anzahlungen auf Anschaffungskosten oder Teilerstellungskosten, für die bereits eine Investitionszulage gewährt worden ist, hinausgehen.

XII. Gesondertes Feststellungsverfahren

Zuständig für die Festsetzung und Auszahlung der Investitionszulage ist bei natürlichen Personen das jeweilige Wohnsitzfinanzamt. Werden die betrieblichen Einkünfte von einem anderen Finanzamt gesondert festgestellt, ist auch für Zwecke der Investitionszulage ein Feststellungsverfahren zur Ermittlung der Bemessungsgrundlage und der Investitionszulagensätze durchzuführen.

Dieses Feststellungsverfahren wird von Amts wegen auf Grund des Antrags auf Investitionszulage durchgeführt. Darüber ergeht ein gesonderter Feststellungsbescheid. Eventuelle Einwendungen gegen die festgestellte Bemessungsgrundlage und die Investitionszulagensätze sind im Einspruchsverfahren gegen diesen Feststellungsbescheid vorzubringen.

XIII. Festsetzung und Auszahlung der Investitionszulage

Die Investitionszulage wird nach Ablauf des Kalenderjahrs oder des Wirtschaftsjahrs vom Finanzamt in einem Bescheid festgesetzt und innerhalb von einem Monat nach Bekanntgabe des Bescheids ausgezahlt. Der Anspruchsberechtigte kann den Bescheid mit dem Rechtsbehelf des Einspruchs anfechten.

XIV. Rückzahlung der Investitionszulage

Entfallen für ein Wirtschaftsgut nach Bescheiderteilung die Anspruchsvoraussetzungen oder wird festgestellt, dass sie von Anfang an nicht vorgelegen haben, wird der Investitionszulagenbescheid aufgehoben oder zu Ungunsten des Anspruchsberechtigten geändert. Die Rückzahlung muss in der Regel innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Aufhebungs- oder Änderungsbescheids erfolgen.

Der Rückforderungsanspruch ist zu verzinsen. Der Zinslauf beginnt, sofern die Anspruchsvoraussetzungen von Anfang an nicht vorgelegen haben, am Tag der Auszahlung der Investitionszulage, bei späterem Wegfall der Anspruchsvoraussetzungen am Tag des Wegfalls. Die Zinsen betragen für jeden vollen Monat 0,5 Prozent des auf volle 50 Euro abgerundeten Betrags. Wird die Investitionszulage nicht bis zum Ablauf des Fälligkeitstags zurückgezahlt, entstehen Säumniszuschläge. Sie betragen für jeden angefangenen Monat der Säumnis 1 Prozent des rückständigen auf volle 50 Euro abgerundeten Betrags.

XV. Auskünfte

Weitere Einzelheiten zur Anwendung des Investitionszulagengesetzes 2007 können Sie dem Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 8. Mai 2008 (BStBl 2008 Teil I S. 590, Internet: www.bundesfinanzministerium.de) entnehmen. Auskünfte zum Investitionszulagengesetz 2007 können Ihnen die Angehörigen der steuerberatenden Berufe und die Finanzämter erteilen.